

UNSERE POLITIK IST REFORMBEDÜRFTIG

KONKORDANZ IN IHRER VERDICHTETSTEN FORM IST FILZ. DIESEN MÜSSEN WIR DURCH DIE REPOLITISIERUNG DER UNTER 45-JÄHRIGEN AUFBRECHEN NON-KONFORMISTEN SIND ZU ENTKRIMINALISIEREN

Lesen Sie, was Leo Schürmann 1976 als Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank im Interview mit Jean Clerc über die Politik und die Demokratie in unserem Land - es ging um das Thema Demokratie und Freiheit im Vergleich zu Staaten des Ostblocks - weiter gesagt hat:

„In der Schweiz sind wir natürlich frei. Die Frage ist jedoch, ob man wirklich immer alles so offen sagen kann, was man denkt. Wir haben so eine Art Konformismus, welcher ein wenig ein nationales Übel ist. Alles ist auf einem gewissen Niveau. Sobald jemand etwas sagt, das etwas daneben (neben dieser Meinung) ist, dann ist er schon ein wenig in Verdacht, dass er eben nicht mehr ein solcher Konformist ist.“

Es ist etwas ausserordentlich Heilsames, in der Schweiz ein Konformist zu sein. Da läuft man sicher. Der Herr von Salis hat am Radio gesagt, es gäbe eine Art Oligarchie der politischen Parteien in der Schweiz, und man könne ja gar nicht mehr so richtig die Wahrheit sagen. Das ist eine Gefahr für unsere Entwicklung.

Ich kann Herrn von Salis bestätigen -als Insider und ehemaliger Politiker-, dass dies irgendwie auch stimmt. Eine Oligarchie ist ja eine Art Herrschaft der Herrschenden, welche so eine Art Wahrheit verkünden, deren Pfad man nicht verlassen darf (um eben konformistisch mit dem System zu sein).

Kürzlich hat jemand in der Schweiz gewagt, öffentlich zu sagen, es gäbe keine Arbeitslosigkeit, wenn die politisch Herrschenden diese nicht wollen.

Diese Aussage wurde ihm ausserordentlich schwer angelastet. Er hat damit etwas gesagt, das nicht auf der Linie der Oligarchie war. Es ist also heute (1976) in der Schweiz nicht ganz ungefährlich so etwas zu sagen. Man kann gesellschaftlich beinahe zwischen Stuhl und Bank fallen. Ich bin als CVPPolitiker (konservativ) auch konservativ denkend gewesen, aber eben sicher auch nonkonformistisch, und das hat mir auch geschadet. Man muss halt in der Politik auch etwas auf der Linie der Partei laufen (im Pferch), das ist etwas zuverlässiger, dann kommt man auch ans Ziel. Ich verstehe mich als Liberal-Konservativ. Ich schätze die bestehenden Strukturen und Werte in diesem Land, will diese Dinge aber weiterentwickeln. Ich bin sehr liberal und tolerant. Man verträgt in diesem Land leider oft schlecht andere Meinungen. Es fehlt manchmal etwas an der Toleranz in diesem Land. Die jungen Politiker werden vom Establishment zunächst etwas springen gelassen, aber mit der Zeit werden sie vom Establishment in Zucht und Ordnung genommen.“

Diese Aussagen veranschaulichen, woran es liegen könnte, dass in der Schweiz niemand mehr so recht weiss, wie das Geldsystem funktioniert. Das Establishment, welches aus der 1959 beschlossenen Konkordanzpolitik hervorging, hat ganze Arbeit geleistet. Durch ein fatales Versagen in der Jugendpolitik - es wurde ganz einfach kein Nachwuchs aufgebaut, weil man die Macht für sich alleine wollte -, hat das Establishment selbst vergessen, wie die Wirtschaft funktioniert. Dies hat die Tore geöffnet für die Globalisierung, diesem weltweit neu aufflammenden Feudalismus, der die direkte Demokratie bedroht. Wer das Buch von Walter Wittmann „Direkte Demokratie – Bremsklotz der Revitalisierung“ gelesen hat, wird verstehen, dass unsere direkte Demokratie noch nie so bedroht war wie heute. Wittmanns Buch ist eine reine Geschichtsfälschung. Für ihn beginnt die Demokratie in der Schweiz 1850. Damit verschleiert er das tatsächliche Ziel der direkten Demokratie, für welche J.J. Rousseau um 1750 quer durch Europa geflüchtet ist, nachdem er seinen „Gesellschaftsvertrag“ und den „Diskurs über die Ungleichheit unter den Menschen“ veröffentlicht hatte.

Die direkte Demokratie mag in einzelnen Sachgeschäften als Bremsklotz wirken. Sie hilft aber einem Volk, gewaltfrei innert wenigen Monaten eine neue Regierung und ein neues Parlament zu wählen, wenn diese sich nicht mehr um die Belange des Volkes kümmern. In dieser Geschwindigkeit ist ein solcher Wechsel in jedem anderen System nur durch einen Umsturz – also mit Blutvergiessen - möglich. Wer die direkte Demokratie abschaffen und dem internationalen Geldsystem opfern will, nimmt bewusst in Kauf, dass die kommenden Generationen Reformen nicht mehr demokratisch, sondern mit Gewalt (revolutionär) herbeiführen müssen.

Wenn wir die Schweiz politisch reformieren und nicht revolutionieren wollen, dürfen wir die direkte Demokratie nicht einem neoliberalen Geldsystem opfern, vor allem nachdem die „New Economy“ bewies, dass sie so neu nicht ist. Sie gleicht weit gehend der „Old Economy“, die wir in den 20er- Jahren schon einmal erlebt haben und die zum Börsencrash von 1929 führte. Auch damals versuchte ein privatisiertes Geldsystem demokratische Strukturen zu eliminieren. In seinem Buch „Access“ macht Jeremy Rifkin deutlich, wohin uns der Neoliberalismus der 90er-Jahre führen wollte: Zurück zu einem Feudalsystem, welches beherrscht wird durch ein internationales Geldsystem und

Grosskonzerne. Im Sinne der totalen Abhängigkeit der arbeitenden Menschen, wie sie Rifkin beschreibt, hat die Firma Siemens bereits einen neuen Begriff geprägt: „der unselbständige Selbständige“. In die Realität umgesetzt bedeutete diese Idee, dass Unternehmer sich bei Siemens anstellen lassen, aber selbständig arbeiten. Absurder kann freiheitliches Unternehmertum kaum beschrieben werden.

Bevor wir weitere Gedanken zur Annäherung an die EU verschwenden, sollten wir in unserem eigenen Land wieder für demokratische Strukturen sorgen. Wir brauchen wieder ein Establishment, das sich seiner Verantwortung bewusst ist, nicht nur aus Eigennutz handelt und Integrität als wichtigste Tugend verkörpert. Mit solchen Menschen an der Führungsspitze von Konzernen und politischen Institutionen dürfen wir vertrauensvoll über eine weitere Annäherung diskutieren, sollten aber der EU, aber auch der UNO, gewisse rechtsstaatliche Bedingungen stellen. Denn noch nie wurde ein zentralistisch geführtes Volk besser geleitet als ein dezentralistisch geführtes.

Nachfolgend schildere ich als 1959 Geborener in kurzen Zügen die Zeit von 1959 bis heute und wie ich die Politik in der Schweiz aus persönlicher Erfahrung erlebt habe. Ich beschränke mich dabei vor allem auf die Zeit der 80er-Jahre. Sie zeigt besonders deutlich, wie man mit der Jugend politisch nicht umspringen sollte, sollen die verfilzten Strukturen vermieden werden. Reformen in Politik und Wirtschaft müssen wir jetzt angehen. Wir dürfen nicht zuwarten, bis die Historiker in 50 Jahren die Archive öffnen wie im Fall des Holocausts und unseren Kindern erklären, was falsch gemacht wurde.

Wie erwähnt, begann 1959 mit der Konkordanzpolitik eine neue Ära in der schweizerischen Politik. Die Idee war grundsätzlich gut: Zwischen den einzelnen Parteien sollte zum Wohle des Landes ein Konsens gefunden werden, wie er im permanenten Widerstreit der Parteien nicht möglich war. Dass die Parteien sich überhaupt stritten liegt daran, dass die Parteienwirtschaft über Generationen erblich aufgebaut wurde und eigentlich eine Art Clanwirtschaft darstellte. Mein Grossvater beispielsweise, von Beruf Landwirt, war Mitglied der CVP. Als solches hätte er niemals einem Liberalen ein Kälbchen verkauft. Die Parteien- und Familienclans fühlten sich gegenseitig verpflichtet. Dies war für unsere direkte Demokratie während Jahrzehnten nicht von Nachteil. Obwohl jede Partei als Clan für sich funktionierte, wurde innerhalb dieser Clans genügend gestritten und debattiert, weil fast jede Familie sich einer Partei zugehörig fühlte. Ein Filz, wie wir ihn heute kennen, war nicht denkbar, weil so viele Menschen die Politik mit gestalteten. Deshalb machten auch Wahlen im Proporzsystem Sinn, weil der Proporz der Parteien einen echten Niederschlag in der Bevölkerung fand.

Noch 1959 waren gewiss gegen 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung einer Partei durch ihre Familienzugehörigkeit verbunden. Immer mehr wagten sich jedoch, auch Mitglieder anderer Parteien zu wählen. Was hat sich seither verändert und wie kommt es, dass Altbundesrat Alphons Egli im Kanton Luzern eine Fusion der CVP mit der FDP vorschlug?

Nun, die Veränderung lässt sich in wenige Worte fassen: Seit 1959 ist die Zahl der Parteimitglieder kontinuierlich zurückgegangen. Heute sind kaum 3 Prozent der Bevölkerung Mitglied einer politischen Partei. Die Parteien bekunden gewaltige Mühe, junge Menschen für die Politik zu interessieren. Am liebsten würde die Oligarchie dieses Phänomen den Jungen selbst zuschieben: Die Jungen von heute sind sowieso nicht mehr so, wie sie einst waren ...

Das Problem greift jedoch tiefer und hat mit einer Jugendpolitik zu tun, welche die Jungen kriminalisierte. Schlimm ist, dass Politikerinnen und Politiker, die erneut nach Staatsschutz schreien, nichts dazugelernt haben. Sie erkennen nicht, dass die höchste Gewaltbereitschaft aus der Armut wächst, die wir in den letzten 10 Jahren wirtschaftlich haben entstehen lassen. Das Sozialgefälle, welches sich innert weniger Jahren hierzulande hat entfalten können, lässt eine zunehmende Zahl von Menschen die Wirtschaft als Terror empfinden. Leute, welche dem Establishment Strassen-Schlachten gegen die Globalisierung liefern, sind nur die gewaltbereite Spitze der Hoffnungslosen. Eine noch grössere Zahl von Menschen leiden an Stressfolgen und melden sich krank bei Ärzten und Spitälern oder in psychiatrischen Kliniken.

Weil relativ immer weniger Leute dem Establishment angehören, verliert dieses den Kontakt zu den Randständigen. Bei den Wahlen jedoch - Wahltag ist Zahltag - agieren die Medien so, als gäbe es tatsächlich einen Parteienproporz. Mit Hochrechnungen wird suggeriert, das Volk habe tatsächlich gewählt und eine Auswahl „ihrer“ Vertreterinnen und Vertreter getroffen. Dabei konnten sie nur daraus auswählen, was Parteistrategen gemeinsam mit den Medien gemeinsam während Jahren vorbereitet haben. Ohne PR-Berater - gleichsam die Mephistopheles der Oligarchie - wird heute kein Mensch mehr auf einer Parteiliste als Nationalrat, Ständerat oder Regierungsrat portiert.

Dies ist das Resultat einer Konkordanzpolitik, welche andere Meinungen und insbesondere junge Non-Konformisten während Jahrzehnten ausgrenzte, statt deren Meinungen zu integrieren. So wird verständlich, weshalb das Establishment die Stimme aus den Niederungen des Volkes nicht mehr wahrnimmt. Bevor wir also über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern diskutieren, sollten wir zunächst diejenigen Schweizerinnen und Schweizer in der Politik integrieren, welche anders denken als das Establishment. Auch unbequeme Wahrheiten sind

wahr und müssen gehört werden. Es reicht nicht, wenn Herr Steinegger die zweifelsfrei gelungene Expo.02 verteidigt, indem er öffentlich sagt, sie wäre ihr Geld Wert gewesen. Das mutet im Kopf vieler Menschen, welche dringend auf dieses Geld angewiesen wären, zynisch an.

Menschen meiner Generation, welche sich politisch interessierten, wurden in den 80er-Jahren als Kanonenfutter gegen POCH und RML eingesetzt, in der Jung-CVP, Jung-Liberaler Partei, Jung- Sozialistischer Partei usw. versorgt. Ich erinnere mich gut, als ich 1983 in meiner damaligen Wohngemeinde Reussbühl von der CVP angefragt wurde, ob ich nicht bei ihr mitpolitisieren möchte. Ich müsse mich am Anfang halt in der Jung-CVP engagieren und könne dann ab 40 in die richtige CVP wechseln. Vor zwei Jahren also wäre ich bei der CVP erst als vollwertiges Mitglied akzeptiert worden. Ich merkte schnell, dass ich als Kanonenfutter gegen meine Kollegen aus POCH und RML eingesetzt werden sollte und beschloss, mich nicht weiter der Politik, sondern meiner Ausbildung zu widmen. Ich kannte aus meiner Lehrzeit junge Politikerinnen und Politiker aus allen Gruppierungen. Ich wusste, dass diese nicht russische Verhältnisse in der Schweiz installieren wollten. Sie wollten schlicht und einfach nicht kritiklos weitermachen und das System reformieren. Heute erkennen wir, dass dies für uns alle von Vorteil gewesen wäre.

Im Jahre 1979 wurde ich 20-jährig und weilte nach der RS in der Westschweiz. Bis 1988 war ich mit Weiterbildung beschäftigt und machte mich 1989 selbständig. In dieser Zeit kümmerte ich mich nicht um Politik. Was sich aber in dieser Zeit in der Schweiz in Sachen Demokratie und Politik ereignete, hat mich zutiefst erschüttert und erschüttert mich im Rückblick heute noch. Ich konnte es kaum glauben, was uns von Seiten des Establishments als Demokratie vorgelebt wurde. Was ich erlebt habe, lässt sich aufgrund der Schilderungen von Leo Schürmann verstehen – billigen dürfen wir es nicht.

Bis 1979 glichen die Bilder von Polizisten in der Tagesschau, jenen des Typ „Wäckerli“ - ein uniformierter Mann, bewaffnet zwar, aber nicht bedrohlich. Nur zwei Jahre später waren in der Tagesschau Polizisten in Kampfmontur zu sehen, bewaffnet mit Schutzschildern, Helmen, Wasserwerfern, Panzerfahrzeugen und Tränengas. Das Establishment unserer direkten Demokratie begann sich vor seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern zu schützen! Es war entbrannt, was in der Nachschau als Opernhauskrawalle in die Geschichte einging.

Vieles erinnert einen an jene Zeit, wenn man die Strassenschlachten in Genua, Davos usw. mitverfolgt. Und wieder versteht das Establishment nicht, dass Gewalt und Aufrüstung zwangsweise zu neuer Gewalt und noch mehr Aufrüstung auf der Gegenseite führen wird. Das Establishment will nicht nachvollziehen - oder ist unfähig dazu - , dass zahlreiche Menschen in unserem Land die brutale neoliberale Wirtschaft der 90er-Jahre als existentielle Bedrohung und damit als eine Form von Terror auffassen. Sie kennen in ihrem Bekanntenkreis offenbar keine Menschen, welche als „Working poor“ gelten oder die arbeitslos wurden, obwohl sie arbeitswillig und arbeitsfähig sind.

Den jungen Menschen meiner Generation wurden keine autonomen Jugendzentren erstellt, wohl aber dem Establishment ein neues Opernhaus in Zürich. Dieses kleinkrämerische Geldproblem - vergleicht man es mit den Swissairmilliarden - baute das Establishment zu einen Generationenkonflikt aus, der zur konsequenten Ausgrenzung unserer Generation aus der Politik mit all seinen Konsequenzen führte: Der Filz wurde noch dichter, die Demokratie ist in Gefahr. Die Jungen kämpften in den 80er-Jahren nicht nur für autonome Jugendzentren. Sie wollten den Bau weiterer Atomkraftwerke verhindern, die Armee abschaffen. Mit brutaler Gewalt legte sich das Establishment gegen diese jungen Non-Konformisten an. Gewalt und Gegengewalt eskalierten in immer gewalttätigeren Konflikten, wie wir sie heute in neuer Auflage mit den Globalisierungsgegnerinnen und -gegnern erleben. Es scheint, dass wir zu Beginn des 3. Jahrtausends in der gleichen Art weitermachen.

Das Establishment reagierte in den 80er-Jahren mit Abwehrmassnahmen von sich steigender Absurdität. In der Armee wurde eine interne Geheimarmee geschaffen (P26 und P27). Die vorwiegend jungen Menschen wurden als kommunistische Systemfeinde betrachtet und konsequent ficiert, derweil sich das Establishment - wie im Fall Elisabeth Kopp - gegenseitig grenzenlos bevorzugte. Interessanterweise sind heute genau die gleichen Persönlichkeiten aus dem Establishment, welche unsere Generation damals als Systemfeinde und Kommunisten verfolgt haben, die guten Freunde von Alexander Putin und können nicht genug rühmen, wie in Russland die Wirtschaft angekurbelt wird.

Einen besonders bitteren Nachgeschmack hinterliess bei mir die Affäre um einen jungen Betriebsökonom aus dem Kanton Bern, der als Fall „Hafner“ in die Geschichte unserer Politikoligarchie eingehen sollte. Der junge Rudolf Hafner hatte herausgefunden, dass sich die Regierungsräte des Kantons Bern auf illegale Weise Gelder aus einem Lotteriefonds ausbezahlt hatten. Hafner unternahm nichts anderes, als was in diesem Land von einem rechtschaffenen Bürger erwartet wird. Anstatt geehrt und anerkannt zu werden, wurde er jedoch polizeilich verfolgt und musste in der Ostschweiz abtauchen. Schliesslich wurde Hafner doch noch angehört und rehabilitiert, später sogar Grossrat im Kanton Bern. Auf unsere direkte Demokratie und das Establishment wirft dieser Vorfall allerdings ein sehr eigenartiges Licht!

Wer sich fragt, weshalb sich heute kaum junge Menschen unter 45 Jahren in der Politik engagieren, der wird dies aus den bisherigen Schilderung verstehen. Viele Menschen meiner Generation und auch die Jungen von heute sind durchaus politisch interessiert. Wer in unserer Generation aber auf Tugenden wie Integrität und Verantwortung setzte, der konnte ganz einfach nicht seine Seele verkaufen und mit einem despotischen dieser Art System mitschwimmen. Entweder riskierte unsere Generation, politisch verfolgt und gesellschaftlich ausgegrenzt oder gar militant zu werden, oder man kümmerte sich um seinen eigenen Kram, sicher aber nicht um Politik. Die Reaktionen des Staates auf die Bewegung in Zürich der 80er-Jahre hat allen anderen Jungen den Tarif klar gemacht, welchen sie zu gewärtigen haben: Wasserwerfer und Gummigeschosse. Viele von ihnen wählten danach die innere Emigration. Sie kuschten unter der Woche vor dem System, um ihre Arbeit und ihre Karriere nicht zu gefährden, und hauten am Wochenende an Parties aller Art auf den Putz – Drogenkonsum in allen Formen inklusive. Nach 1980 ist die Zahl von Jungen, welche sich wegen Depressionen in psychiatrische Behandlungen begaben, sprunghaft angestiegen.

Was einmal im Guten mit einer Konkordanzpolitik begann, endete im Filz, weil sich die Konkordanz für die jüngere Generationen nicht öffnete und Andersdenkende nicht integrierte. Ziehen wir daraus heute die richtigen Lehren, können wir uns in Kürze aus dieser Situation retten. In einer Oktoberausgabe des Magazins „Facts“ war jedoch im Jahr 2002 zu lesen, wie die Politiker den Trend, Junge Menschen in der Politik zu integrieren interpretierten: Sie bauen ihre eigenen Kinder als Politiker auf. Damit wird jedoch der Filz sicher noch dichter. So wie also der Hans W. seine Elisabeth oder der Theo seine Margerit aufgebaut und die persönliche Macht erweitert hat, dürfen wir damit rechnen, dass in Zukunft der Hansli dann seinen Sohn Fritzli und seine Tochter Marieli aufs Politparkett hievt und so den Filz noch enger schnallt.

Natürlich kann man sagen, die Menschen in einer Demokratie seien selbst schuld, wenn sie sich ihre Rechte nicht nehmen – aber bei der eben geschilderten Gewaltbereitschaft des Establishments darf man sich auch nicht wundern, dass dies soweit gekommen ist.

Im Schweizer Kulturdokument „Demokrat Läppli“ kann man die geschilderte Art der Ausgrenzung kritischer Zeitgenossen übrigens auch mit einem Schmunzeln nachempfinden.

Um die Politik zu revitalisieren, müssen wir nicht - wie Walter Wittmann behauptet - die direkte Demokratie abschaffen. Im Gegenteil: Wir müssen sie erneuern, attraktiv gestalten und die Generationen unter 45 Jahren wieder politisch aktivieren. Wir dürfen aber von ihnen nicht weiter verlangen, dass sie als Konformisten handeln: auch wenn es meinen persönlichen Erfahrungen entspricht, dass die heute 60 bis 80-jährigen Politiker dies noch immer versuchen. Wir nehmen es ihnen nicht übel, sie haben es nicht anders gelernt. Eine der am häufigsten Fragen, die mir heute persönliche Freunde stellen, lautet: „Ja Mensch Ivo, bist Du denn bei Trost? Wirst Du denn nicht bedroht, wenn Du Dich in dieser Klarheit äusserst? Du hast doch eine Firma und musst mit Repressionen rechnen!“ Nun, natürlich werde und wurde ich schon bedroht. Die meisten KMUUnternehmer wagen auch kaum, sich in die Nesseln zu setzen und Klartext zu sprechen. Bei mir ist es jedoch ganz einfach so, dass ich morgen aufhören kann zu arbeiten – aber aufhören zu denken, fällt mir schwer, so lange ich lebe. Im Establishment gibt es für Menschen, die nach ihrem Gewissen handeln wie ich dann übrigens auch ein Codewort, mit dem solche Menschen definitiv ausgegrenzt werden:

Man bezeichnet integre Menschen als Nachfolger von „Michael Kohlhaas“ und gibt sie zum Abschuss frei. Mit Kohlhaas meint man einen, der versucht sich gegen das Establishment zu stellen. Dass mehr Michael Kohlhaases unserem Land guttäten, müsste inzwischen jedem Neoliberalen bewusst geworden sein. Wie immer in der Geschichte der Menschheit beginnt das verdeckte Feudalsystem zu wackeln und wird dazu führen, dass auch die Feudalisten wieder unter die Räder kommen. Indem sie auf Michael Kohlhaases hört statt sie zu bekämpfen, könnte das Establishment dem dauernden Kampf um die Macht entkommen und sich um die Menschen im Land kümmern. Das wäre der viel nachhaltigere Egoismus einer Führungsoligarchie – wenn sie nicht dumm ist.

Um zu illustrieren, wie das Establishment auch heute noch versucht, mit Non-Konformisten umzugehen, schildere ich einen konkreten Vorfall, der sich bei den letzten Stadtratswahlen in Sursee ereignete. Jemand versuchte aktiv, mich zu „systemkonformem“ Denken zu motivieren und mich einzuschüchtern – oder war es etwa doch ein gut gemeinter Ratschlag? Ich überlegte laut, als parteiunabhängiger Stadtrat zu kandidieren, und gab dies über die Medien bekannt. Die Parteien - obwohl sie keine Mitglieder mehr haben - waren sich bis zu diesem Zeitpunkt gewohnt, alle politischen Ämter selbst zu besetzen. Bei kleineren Ämtern, wie der Schulpflege, sind sie erst in den letzten Jahren dazu übergegangen, auch parteiunabhängige Personen zu akzeptieren. Aber doch nicht für die Stadtratswahlen! Und schon gar nicht für das Amt des Stadtpräsidenten! Wo kämen wir da hin! Natürlich hätten mich alle Parteien gerne in ihren Reihen aufgenommen und auch als Kandidaten unterstützt – aber nicht als Unabhängigen, obwohl ich als solcher einen Grossteil meiner Generation vertreten hätte, die keiner politischen Partei angehört und sich keinem Clan, sondern nur der Demokratie und den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet fühlt. Ein Alt- Nationalrat aus der Gegend rief mich zu sich ins Büro und eröffnete mir, dass er mir dringendst anrate, auf eine Kandidatur zu verzichten. Ich müsse mich um meine Firma kümmern. Als er mich damit nicht zu überzeugen vermochte, gab er mir „einen guten Rat unter Freunden“: Ich müsse mit einer solchen Kandidatur aufpassen. Er könne sich vorstellen, dass ich dann

schon bald keine Freunde mehr hätte und das würde er mir nicht gönnen. Er riet mir, die Sache aus dieser Sicht nochmals gut zu überdenken.

Viele Gewerbler aus dem Kanton Luzern kennen ausserdem einen Fall, bei dem mir auf andere Weise gedroht wurde: Ich müsse aufpassen, wie ich mich äussere, wenn ich von der Verwaltung des Kantons Luzern noch Aufträge erhalten wolle. Dies geschah im Zusammenhang mit einer lapidaren Auseinandersetzung mit einem Regierungsrat.

Unternehmer werden also auch heute noch vom Establishment in Zucht und Ordnung genommen, wenn sie sich politisch betätigen wollen. Wie sich unser Land auf diese Weise reformieren soll, ist fraglich. Statt also, wie dies Nationalrat Joseph Leu, Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates in der Gewerbezeitung forderte, in Sachen Staatschutz „einen Zacken zuzulegen“, weil man die Globalisierungsgegnerinnen und –gegner nicht mehr verstehe, sollten wir Politikerinnen und Politiker wählen, welche die Ursachen begreifen, aus welchen heraus Menschen gewalttätig werden. Jeder verhinderte Konflikt ist ein gewonnener Konflikt. Anstatt tausend Polizisten mehr zu rekrutieren - die in einem Jahr vermutlich auch schon nicht mehr reichen - tun wir gut daran, gar nicht erst das Kapital mit Waffengewalt zu verteidigen, sondern dieses gerechter unter den Menschen zu verteilen.

Es muss für alle möglich sein, in Würde durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wohlstand und Wohlfahrt für Alle! Wenn wir entsprechende Strukturen schaffen, werden diese als gerecht empfunden und Gewalt wird automatisch verschwinden.

Ein demokratischer Rechtsstaat, der sich vor seinem eigenen Bürgerinnen und Bürgern schützen muss, kann nur eine Oligarchie sein. Politikerinnen und Politiker, welche den Bürgerkrieg als unvermeidlich ansehen, kommen nicht mehr in Betracht.

Wollen wir unser Land politisch und wirtschaftlich reformieren, müssen wir zunächst jenen die Rede- und Meinungsfreiheit geben, welche in den Medien nie zu Worte kommen. Die Grosskonzerne haben die Medien gepachtet und machen die Volksmeinung. Deshalb kommen überall - Italien, New York usw. - die Medienunternehmer zu politischer Macht. Wir dürfen nicht warten, bis diese erwachen und merken, dass sie sich mit ihrer Art Politik zu machen, selbst den grössten Schaden zufügen: Sie zerstören ihre eigene Lebensgrundlage – eine funktionierende Demokratie.

Auf Dauer konnte noch keine Regierung mit Gewalt das Volk im Zaum halten. Dies gilt nicht nur für den Kommunismus der Sowjetunion, sondern auch im Kapitalismus. Jede Form des „Archipel Gulag“ schlägt früher oder später zurück.

Muri Ivo
Unternehmer
Glockenstrasse 1
CH-6210 Sursee